

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

ich muss gestehen, wir haben uns in der Fraktion die Entscheidung nicht leicht gemacht. Sie ist in der Fraktion sehr kontrovers und sachlich diskutiert worden und auch mit großem Verständnis für die Position des Anderen. Nach Abwägung der vorgetragenen Argumente und Einwände bin ich für meine Person zu der Überzeugung gelangt, dass ich dieses Bauprojekt nicht unterstützen kann.

Wenn man sich anschaut, welche Eingriffe in den letzten Jahren im Bereich dieses Grüngürtels passiert sind, kann ich dem nicht folgen.

Auf Hertener Gebiet sind teilweise ganze Waldparzellen ohne Rücksicht auf ökologische Belange abgeholzt worden. Diese Art der rücksichtslosen Waldbewirtschaftung durch teilweise private Waldbesitzer ist eigentlich seit Jahrzehnten nicht mehr Stand der Wissenschaft. Dort ist mit schwersten Maschinen wie Harvestern gearbeitet worden, die den Waldboden in großen Teilen zerstört und verdichtet haben. Die Wasseraufnahmefähigkeit wird dadurch auf immer beeinträchtigt. Gerade in Zeiten des Klimawandels mit massiven Starkregenfällen einfach unverzeihlich. Es gibt durch angrenzende Baumaßnahmen schon jetzt störende Lichtemissionen durch flutlichtartige Parkplatzbeleuchtungen. Ein ökologisch bedenklicher, energieintensiver Golfplatz ist ebenfalls dort errichtet worden.

Man macht man sich also ganz sicher etwas vor, wenn man glaubt, dass die Situation nach einer weiteren Bebauung dieses Gebietes auch auf Gelsenkirchener Seite auch nur annähernd so wäre wie zuvor.

Wir würden ein unglaubliches Mehr an Verkehrsaufkommen haben und würden eines der zusammen hängendsten Grüngelände endgültig und für alle Zeit ruinieren und, das Angesicht der Stadt hätte sich grundlegend zum Nachteil verändert.

Es würde definitiv Stille verlorengehen, eines der wichtigsten Güter in unserer hektischen Zeit, in der die Menschen darauf konditioniert werden immer nur dem neuesten Event hinterher zu hecheln.

In Anbetracht der Bausünden der letzten fünfzig Jahre in Gelsenkirchen würden wir diesen Bausünden eine weitere hinzufügen. Und dafür möchte ich nicht mitverantwortlich sein.

Ich glaube weiterhin, dass es sich in der heutigen Zeit niemand mehr leisten kann, Ackerflächen zu zuplanieren, die dann auf immer verloren wären - erst recht nicht angesichts des Klimawandels. Auf der letzten Klimakonferenz in Paris, die allgemein in höchst befremdlicher Weise in der Presse hochgejubelt wurde, hat der ehemalige Delegationsleiter Boliviens zum Abschluss die Feststellung getroffen: „Wir haben gerade beschlossen unseren Planeten zu verbrennen!“ Angesichts dieser düsteren Prognose können wir uns die Auswirkungen des Klimawandels und die damit einhergehenden Flüchtlingsbewegungen, nicht einmal im Ansatz vorstellen. Das immer mehr um sich greifende Landgrabbing durch große Agrarkonzerne auch im Osten Deutschlands ist ein weiterer Beleg, wie ernst die Lage ist. Angesichts solcher Zukunftsvisionen ist es sträflich, auch nur einen Quadratzentimeter Ackerboden für immer und unwiederbringlich zu zerstören.

Dort in Buer und Umgebung würde in einem Grüngürtel ein komplett bebautes Quartier entstehen, fast dreimal so groß wie geplant. Das hat nichts mehr mit einer ausgewogenen Stadtentwicklung zu tun. Zumal mir nicht einleuchtet, warum wir dem zustimmen sollten. Es herrscht keine Wohnungsnot in Gelsenkirchen. Es gibt keine Hinweise darauf, dass sich die Bevölkerungszahlen drastisch nach oben bewegen werden. Es gibt mittlerweile Aufrufe von Experten mit Titeln wie: Verbiestet das Bauen! - Womit natürlich das immer weitere Ausgreifen der Städte in die Landschaft gemeint ist, anstatt andere Möglichkeiten, auch luxuriöseren Wohnraum zu kreieren, wie Geschossaufstockungen und ähnliches. Hinzu kommt, dass der Bau von Einfamilienhäusern, wie er ebenfalls geplant ist, gerade aus ökologischer Betrachtung eigentlich eine Katastrophe ist. Weil gerade Einfamilienhäuser zu viele Ressourcen verschwenden für zu wenige Menschen.

Auch vor dem Hintergrund, dass damit etwas Positives finanziert werden soll, bleibt die Sache an sich eine Schweinerei. Man möchte wohlhabenden Leuten die Möglichkeit bieten,

sich hier anzusiedeln, ohne Rücksicht auf Verluste. Und Natur, wen interessiert das schon - der Zweck heiligt die Mittel! Von solch einer „Logik“ müssen wir, nach meiner Meinung endgültig weg. Ob eine Vermarktung der Grundstücke außerdem so problemlos möglich sein wird, wie geplant, das erscheint in Anbetracht der Erfahrungen mit dem Vestia-Gelände noch nicht ausgemacht, auch wenn sich die Rahmenbedingungen geändert haben mögen.

Ich frage mich allerdings auch, was für Leute hier bedenkenlos bauen würden. Leute, die, weil sie es sich leisten können, einfach davon ausgehen, dass sie ein Recht auf eine intakte Wohnumgebung haben. Wir verabschieden hier immer tolle Resolutionen zum Klimaschutz, wir bejammern, dass mehrere Fußballfelder an Ackerflächen in kürzester Frist zugebaut und versiegelt werden, wenn es dann aber zum Schwur kommt, gilt wieder das alte Adenauer Motto: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern! Ich hoffe im Übrigen, dass nicht stimmt, was uns gerüchteweise zu Ohren gekommen ist, dass nämlich Leute aus der Stadtspitze ebenfalls hier bauen wollen. Eine Entscheidung zu forcieren, sie mit vorzubereiten, um dann selber von ihr zu profitieren, das hätte für mein Verständnis wirklich Hautgout, also ein Geschmäcke, um das vorsichtig auszudrücken.

In unserer Fraktion gibt es Viele, die von diesem Projekt nicht begeistert waren, aber im Hinblick auf den damit verbundenen Zweck, die Bochumer Straße zu sanieren, mit einer Enthaltung hätten leben können.

Ich denke aber, man sollte sich nicht immer wieder in diese neoliberale Falle des vermeintlichen Sachzwangs begeben. Die neoliberale Strategie zielt ja gerade darauf ab, die staatlichen Mittel, somit auch die Mittel der Kommunen so herunterzuschrauben, dass diese faktisch nicht mehr handlungsfähig sind. Das ist es ja gerade, worum es geht. Um sich einen Rest Handlungsfähigkeit zu bewahren, sind die Kommunen faktisch gezwungen, die Reste des Tafelsilbers zu verhökern oder kreative Lösungen in den Bilanzen zu finden, wie man den Mangel verwalten könnte. Ich bin der festen Überzeugung, dass man diese Ideologie, die die demokratisch gewählten Gremien quasi entmündigt, nur durchbricht, indem man dieser diabolischen „Logik“ nicht weiter folgt. Sonst geht dieses perfide Spiel in unveränderter Härte weiter, zum Schaden der Bevölkerung und der Umwelt, auch hier in Gelsenkirchen.

Der Umbau der Bochumer Straße ist ein Projekt, das von uns unumschränkt unterstützt wird, aber ich denke, dass man es nicht um diesen Preis tun sollte. Würden wir im Bund endlich eine vernünftige und verantwortungsvolle Steuerpolitik betreiben, wie mittlerweile selbst vom IWF gefordert und somit auch Länder und Kommunen wieder gerecht an diesem Steueraufkommen beteiligen, dann könnten wir auch Projekte wie die Bochumer Straße finanzieren, ohne uns zu solchen obskuren Deals herzugeben. Die Notwendigkeit im Bund auch und gerade für Kommunen wie Gelsenkirchen umzusteuern, wird angesichts der unfassbaren Armutszahlen, der mehr und mehr verrottenden Infrastruktur und verelender Stadtteile wie auch hier an der Bochumer Straße immer offensichtlicher. Aber genau dieser Einsicht verweigern sich die Regierungsparteien aus CDU und SPD seit Jahren.

All diese Überlegungen lassen für mich nur einen Schluss zu, dieses Projekt abzulehnen. Da dies in der Fraktion kontrovers diskutiert wurde und wir in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz keinen Fraktionszwang haben, wird ein Teil der Fraktion sich enthalten.

Danke!

Bettina Angela Peipe (Die LINKE)

Es gilt das gesprochene Wort.